



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Herrn Vorsitzenden  
des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Dr. Werner Pfeil MdL  
40221 Düsseldorf

30. 09. 2019

Aktenzeichen  
1265 E - V. 46/18  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Dr. Bräuer  
Telefon: 0211 8792-515

nachrichtlich:

An den  
Rechtsausschuss des Landtags  
- Referat I 1 -  
40221 Düsseldorf

**39. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 2. Oktober  
2019**

TOP 14: „Ruhr-Konferenz“

**Anlage**

Schriftlicher Bericht nebst Projektübersicht

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung  
zu TOP 14 der 39. Sitzung des Rechtsausschusses am 2. Oktober 2019  
zur Weiterleitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf  
Telefon: 0211 8792-0  
Telefax: 0211 8792-456  
poststelle@jm.nrw.de  
www.justiz.nrw





**Ministerium der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

39. Sitzung des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 2. Oktober 2019

---

Schriftlicher Bericht  
der Landesregierung  
zu TOP 14

(„Ruhr-Konferenz“)

**A.**

Im Rahmen der Ruhr-Konferenz hat das Ministerium der Justiz acht Projektvorschläge unterbreitet. Ihr gemeinsames Ziel ist es, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und die Identifikation mit seinen Regeln zu stärken, eine hohe Akzeptanz der rechtsstaatlichen Werte herbeizuführen und niedrigschwellige Zugänge zu schaffen. Die Einzelheiten der inhaltlichen Ausrichtung sowie der vorgesehenen Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Übersicht. Die Vorschläge sind auf eine nachhaltige Stärkung des Rechtsstaates und deshalb auf Dauer angelegt. Sie sind das Ergebnis eines intensiven Prozesses, an dem eine große Anzahl an Expertinnen und Experten aus der Praxis wie auch aus ganz unterschiedlichen Disziplinen der Wissenschaft teilgenommen haben. Zur Mitwirkung eingeladen waren auch alle ordentlichen Mitglieder des Rechtsausschusses des Landtages.

**B.**

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht exklusiv für den Bereich des Ruhrgebietes vorgesehen. Das Ruhrgebiet soll vielmehr zum Ausgangspunkt des ersten ganzheitlichen Ansatzes zur Stärkung des Rechtsstaates in Deutschland werden. Dafür bietet die Metropole ein herausragendes Potenzial. In vielen Kommunen und Kreisen gibt es bereits Initiativen, die erfolgreich ähnliche Ziele verfolgen und frühzeitig in die Arbeit an dem Themenforum des Ministeriums der Justiz einbezogen wurden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen ergänzen Vorhandenes, schließen fortbestehende Lücken und ermöglichen es durch die zentrale Koordination, örtlich Bewährtes auf andere Regionen zu übertragen. Das Themenforum des Ministeriums der Justiz wird so einen Prozess in Gang setzen, der den Rechtsstaat im Ruhrgebiet stärkt und zugleich weit darüber hinaus wirkt.



## 12-01 Verortung der Konzeptions- und Koordinierungsstelle für rechtsstaatlichen Dialog

### Projektbeschreibung

Die enorme kulturelle Vielfalt des Ruhrgebiets birgt auch Konfliktpotential, vor allem, wenn unterschiedliche Wertesysteme aufeinandertreffen. Ziel ist, über bewährte und neue Wege für den Rechtsstaat zu werben und ein Grundverständnis für seine Inhalte und Institutionen aufzubauen. Die neue Stelle konzipiert und koordiniert die nachfolgend vorgeschlagenen Maßnahmen.

### Maßnahmen

Wesentliche Aufgaben sind:

- die nachhaltige Vermittlung von Kenntnissen in Bezug auf den Rechtsstaat, d.h.
- die Bündelung bestehender Bildungsangebote und
- die Entwicklung neuer, partizipativer und multimethodischer Angebote mit Kooperationspartnern,
- die ganzheitliche Werbung für den Rechtsstaat („Rechtsstaatskampagne“),
- der Dialog im Sinne der Organisation von Dialogforen und der aufsuchenden Bildung sowie
- die Vernetzung mit Akteuren, die ähnliche Ziele verfolgen.

Wegen einzelner Maßnahmen, die sich im Rahmen des bisherigen Prozesses der Ruhr-Konferenz als bedeutsam erwiesen haben, wird auf die gesonderten Einreichungen verwiesen.

### Laufzeit

Ab 2020



## 12-02 Einsatz rechtsstaatlicher Lotsinnen und Lotsen als "Brückenbauer"

Status	Konkretes Vorhaben mit überschaubarem Klärungsbedarf		
Meilensteine	01/2020-05/2020	Zusammenschluss des Kooperationsverbundes	
	06/2020-10/2020	Erarbeitung Tätigkeits- und Einsatzprofil der LotsInnen	
	11/2020-12/2021	Pilotierung und laufende Evaluation	
Mögliche Partner	Akteure der sozialen Arbeit (MBE, JMD), Schule, Jugendgerichtshilfe, Polizei, Bewährungshilfe, Kommunale Integrationszentren, etc.		
Schwerpunkte	stärkt den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, verbessert Integration und interkulturelle Zusammenarbeit, verbessert die Sicherheit, steigert die Akzeptanz des Rechtsstaats, verbessert Zugang zu Information und Medien,		
Mehrwert, den das Projekt durch die Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg erfährt	Die Realisierung des Projektes ist nur unter Einbeziehung externer Experten verschiedener Kommunen und Institutionen möglich, da die rechtsstaatlichen Lotsinnen und Lotsen einen nach Einsatzort und Zielgruppe differenzierten Ansatz und dadurch unterschiedliche Unterstützung und Vernetzung benötigen.		



### 12-03 „Vom Friedensrichter zum Rechtsmittler“

#### Projektbeschreibung

Das Forschungsprojekt trägt dazu bei, das gewaltträchtige Konfliktpotenzial traditioneller Streit-schlichtung unter Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze aufzulösen. Es erforscht rechtsstaatlich akzeptable Alternativen für außergerichtliche Konfliktregulierung, die gleichzeitig das vorhandene kulturelle Kapital bewahren und in der Fokusgruppe akzeptiert werden.

#### Maßnahmen

Um die erforderliche empirische Tiefenerschließung mit einer Analyse des rechtlich Möglichen und rechtspraktisch Gebotenen für die Erarbeitung handlungsrelevanter Empfehlungen verbinden zu können, sollen ein/e Kulturanthropolog/in und ein/e Jurist/in gemeinsam in diesem Projekt arbeiten. Halbjährliche Praxisworkshops (Projektjahre I-III) mit Vertretern betroffener Organe der Rechtspflege (Polizei, Ordnungs- und Aufsichtsbehörden, Staatsanwaltschaft, Rechtsprechung) sowie Sozialämtern sichern die Relevanz der Forschung. Transfer-Veranstaltungen in Projektjahr III tragen die Erkenntnisse in die interessierte Öffentlichkeit, zu Akteuren der Zivilgesellschaft und in die Wissenschaft. Halbjährliche vertrauliche Hintergrundgespräche mit Medien (Projektjahre II & III) unterstützen die Entwicklung eines Handlungsfeldes und Akzeptanzraumes für Rechts-(kultur)mittler.

#### Laufzeit

2020-2022



## 12-04 Sprach- und Kulturmittler (SKM)

### Projektbeschreibung

Sprach- und Kulturmittler sollen bei Bedarf ab dem Erstkontakt mit der Justiz (Zeugen-, Beschuldigtenvernehmung, Antragstellung bei Gericht, Beratungssituation beim Rechtsanwalt, Zeugenbetreuung, etc.) zu Verfahren hinzugezogen werden. SKM sollen ausgebildet, zertifiziert und in einem Pilotprojekt eingesetzt werden.

### Maßnahmen

Der erfolgreichen Gewinnung von Sprach- und Kulturmittlern (SKM) mit besonderer Qualifikation für die Justiz geht im ersten Schritt eine eindeutige Profilbeschreibung und Rollenklärung (Abgrenzung zu Dolmetschern, Rechtsberatung und rechtsstaatlichen Lotsen) voraus. Konzeptionell werden in der ersten Phase zudem Einsatzmöglichkeiten, die erforderlichen Qualifikationen im Justizkontext sowie die Vermittlung dieser definiert. Nach Gewinnung geeigneter Projektträger und Kooperationspartner und nach Ausbildung und Zertifizierung geeigneter SKM soll die Arbeit der SKM im Rahmen einer Pilotierung beginnen. Die Steuerung des Projekts und die organisatorische Unterstützung beim Einsatz der SKM übernimmt idealerweise eine zentrale Konzeptions- und Koordinierungsstelle.

### Laufzeit

2020-2022





## 12-05 Aus- und Fortbildungskonzept für eine diversitätsgerechte Justiz

### Projektbeschreibung

Die verschiedenen Akteure der familien- und strafgerichtlichen Verfahren werden gemeinsam im Hinblick auf ihre kulturelle Kompetenz geschult, um ein verbessertes Verständnis aller Beteiligten für diversitätsbedingte Begebenheiten zu schaffen.

### Maßnahmen

Es soll ein anwendungsorientiertes, modulares, moderne Fortbildungsmethoden berücksichtigendes Aus- und Fortbildungskonzept entwickelt und umgesetzt werden.

### Laufzeit

2019-2022



## 12-06 Rechts(staats)kundeangebote im Elementarbereich, in der Grundschule und in der Sekundarstufe I

### Projektbeschreibung

Bereits ab dem Kindergartenalter sollen Menschen an die Grundsätze und Werte des Rechtsstaates herangeführt werden. Während der gesamten Schullaufbahn wird dies verstetigt und ausgebaut.

### Maßnahmen

Das bisher bestehende Angebot an Praxismaterialien zur Elementarereziehung und -bildung für pädagogische Kräfte (sog. „Bildungskoffer“) soll um das Thema Rechtsstaat erweitert werden. Justizpraktiker werden unter Einsatz digitaler Medien (Blended Learning) insbesondere in didaktischer Hinsicht fortgebildet und in ihrer Lehrtätigkeit unterstützt.

### Laufzeit

2019-2022



## 12-07 Justiz und Öffentlichkeit

### Projektbeschreibung

Es soll ein strukturierter, moderierter und regelmäßiger Austausch zwischen der Justiz und Medienvertretern initiiert werden. Veranstaltungen bestehen aus einem fachlichen Teil und einem sich anschließenden offenen Gespräch. Der Austausch kann nicht nur Wissenslücken schließen, sondern trägt auch zum gegenseitigen Verständnis bei. Teil des Projekts ist der Aufbau eines Informationsportals in den digitalen Medien.

### Maßnahmen

- Gesprächsformat zum strukturierten Austausch und zum offenen Gespräch
- zentrales Informationsportal für Medienvertreter
- fachübergreifende Arbeitsgruppe, die sich mit den Standards für die Pressearbeit befasst.

### Laufzeit

2020



## 12-08 Stärkung des Gewaltschutzes

### Projektbeschreibung

Die Stärkung des Gewaltschutzes ist eine institutions- und ressortübergreifende Aufgabe. Eine zentrale Stelle (als Teil der Konzeptions- und Koordinierungsstelle, siehe gesondertes Projektblatt vgl. dazu 12-01) könnte als Bindeglied zwischen den verschiedenen Bereichen und Institutionen dienen und vielschichtige Maßnahmen zur Stärkung des Gewaltschutzes anstoßen und begleiten.

### Maßnahmen

Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Stelle wird in diesem Themenbereich neben der Emanzipierung und Stärkung der Kompetenzen der Zielgruppe (Aufklärungs- und Präventionsarbeit), die Erarbeitung von Handlungsrichtlinien zur verbindlichen Festlegung von Verfahrensabläufen (Best-Practice-Beispiele), die Sammlung und Zurverfügungstellung von Informationen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und aktuellen Entwicklungen im Bereich Gewalt in patriarchalen Familien, eine Schwachstellenanalyse sowie die Vernetzung und Fortbildung der beteiligten Akteure gehören..

Laufzeit

12/2020